

Liebe Freunde und Freundinnen von Nadeshda!

Heute gibt es nicht allzu viele Infos aus dem Zentrum selbst; im letzten Rundbrief war ja auch eine Menge zu lesen gewesen. Weil ich aber doch regelmäßig berichten möchte, geht es heute schwerpunktmäßig um die Situation in Belarus angesichts des Kriegs in der Ukraine sowie um Interessantes rund um Energieeffizienz und Atom.

1. NADESHDA

- Nutzung erneuerbarer Energien

Einen weiteren Schritt zu mehr Energieeffizienz geht Nadeshda ab diesem Sommer mit einem gespendeten, automatisierten Verbrauchsdaten-Erfassungssystem, das 40 Strom-, Wärme- und Wasserzähler zusammenführt und stündliche Verbrauchswerte aufführt. Durch die Kontrolle über unnötigen Verbrauch sollen gut 10 % Einsparungen generiert werden.

2. Belarus

- aus Belarus-Analysen
(nach einem Artikel v. Astrid Sahn)

Durch die Vermittlung Belarus' im Kriegskonflikt zwischen Russland, der Ukraine, den Separatisten und der OSZE erhofft sich Präsident Lukaschenko eine Verbesserung im Verhältnis zum Westen. Eine Entspannung für die eigene Opposition ist damit nicht verbunden – ganz im Gegenteil, denn im November sind mal wieder Wahlen. Die russische Wirtschaftskrise wirkt sich auch auf Belarus aus, das dringend neue Kredite braucht. Doch vielleicht müssen diesmal die Wahlgeschenke ans Volk nicht ganz so üppig ausfallen wie sonst, denn angesichts des Kriegs in der Ostukraine scheinen die belarussischen Bürger erstmals mehrheitlich bereit zu sein, auch eine Verschlechterung ihres Lebensstandards hinzunehmen – solange Lukaschenko seine Rolle als nationaler Sicherheitsgarant ausübt. Während das Durchschnittsgehalt sinkt, die Preise steigen, ebenso die Verluste der Betriebe sowie die Arbeitslosenzahlen, ist die Zustimmung für den Präsidenten hoch.

So hoch wie Lukaschenkos Angst, von Russland vereinnahmt zu werden. Weshalb ein neues Gesetz verabschiedet wurde, das die Ausrufung des Kriegszustands ermöglicht für den Fall „des Einschleusens von bewaffneten Banden (Gruppen), irregulären Streitkräften, Söldnern oder Untereinheiten regulärer Truppen durch einen anderen Staat oder im Namen eines anderen Staates“. De facto ist damit - im Falle eines Falles – ein Vorgehen gegen die sogenannten grünen Männchen beschrieben, wie sie Präsident Putin bei der Krim-Annexion im März 2014 eingesetzt hat.

Ja, und nun gibt es sogar eine Wende im Umgang mit der belarussischen Sprache. Während Lukaschenko in den 1990ern das Belarussisch als Sprache der Faschisten dämonisierte, da belarussische Nationalisten während der Nazi-Okkupation mit den Deutschen kooperiert hatten, und postulierte, es gebe nur zwei große Sprachen: das Englische und das Russische – nach dem Motto: „Auf Belarussisch lässt sich nichts Großes erschaffen“ – dies sei ein ärmlicher, bäuerlicher, minderwertiger Dialekt –, positioniert sich der Präsident zurzeit gegenteilig. Er betont ihre Bedeutung; ja, er möchte sogar, dass die meisten Fächer auf Belarussisch unterrichtet werden können: Nationalismus als Waffe im Kampf gegen eine feindliche Übernahme durch Russland.

- Infos zu Energie sowie Atomabfälle

Dr. Ulf Bossel, Maschinenbauingenieur, Professor und Energieforscher, hat nicht nur 1978 das Wort ‚Energiewende‘ mitgeprägt, sondern schon 1975 Energieeinsparpotentiale immensen Ausmaßes identifiziert. Die Bundesregierung ging nämlich damals von einer Steigerung des Energieverbrauchs von 340 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (MtSKE) auf 1.280 im Jahr 2025 aus, also fast einer Vervielfachung. Ulf Bossel und sein Bruder Hartmut wiesen nach, dass der Verbrauch durch Effizienzsteigerung auf 400 MtSKE begrenzt werden könnte, was als unrealistische Wunschvorstellung abgekanzelt wurde. Heute liegt der Verbrauch im wiedervereinigten Deutschland bei 450 MtSKE, also letztlich bei der von Bossel prognostizierten Höhe! Und weitere Energieeinsparpotentiale liegen immer noch brach...

(Leider) Erst seit dem Atomausstieg sorgt sich die Öffentlichkeit, ob denn die Atomenergie-Konzerne genügend finanzielle Rückstellungen für den Rückbau der AKW wie auch für die Endlagerung des Atommülls vorgenommen haben. Ein vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten sollte klären, wie sicher diese Gelder zur Verfügung stehen resp. wie sie gesichert werden könnten. Das Ergebnis muss erschütternd sein, denn seit Monaten sperrt sich das Ministerium gegen seine Veröffentlichung. Und solange es unter Verschluss bleibt, dürfen die Gutachter nicht darüber reden. Wie praktisch! Die vermutlich vorhandenen 36 Mrd. Euro sollten in einen staatlich kontrollierten Fond überführt werden, fordern Grüne und Linke. Die RWE- und EON-Vertreter im Parlament – vornehmlich CDU – lehnen das als Bevormundung ab bzw. halten die Betreiber für das Endlagern nicht für verantwortlich. Übrigens: Diese 36 Mrd. würden sowieso nur den kleineren Teil der anfallenden Kosten decken. Das Gros werden die Steuerzahler sponsern – schließlich haben sie ja auch die AKW-Befürworter jahrzehntelang gewählt!

Last not least: Im Mai 2010 stimmten fast alle Abgeordneten – von CSU bis Linke – der Aufforderung an die Regierung zu, die USA zum vollständigen und ersatzlosen Abzug der atomaren B-61-Bomben aus Deutschland zu veranlassen. Doch warum wurde die Regierung bis heute nicht aktiv? Solange Atombomben in Deutschland lagern, kann die Bundeswehr im Kriegsfall ihre Kampfflugzeuge auch mit diesen ausrüsten. Sollten die USA ihre Bomben abziehen, verlöre Deutschland seine sogenannte nukleare Teilhabe in der NATO!

Herzliche Grüße

Detlef Kleine